

Kleine Anfrage

Iranische Protestbewegungen

Frage von Landtagsabgeordnete Manuela Haldner-Schierscher

Antwort von Regierungsrätin Dominique Hasler

Frage vom 02. November 2022

Seit Wochen protestieren Iranerinnen und Iraner gegen die systematische Unterdrückung von Frauen und die Kopftuchpflicht des menschenverachtenden Mullah-Regimes. Sie gehen auf die Strasse und riskieren im mutigen Kampf für die Freiheit ihr Leben. Zahlreiche Menschen wurden durch das brutale Vorgehen der sogenannten «Sicherheitskräfte» umgebracht. Die Machthaber des Regimes sperren das Internet und hindern Journalist/-innen daran zu berichten, um abseits der weltweiten Aufmerksamkeit die Protestbewegung zu zerschlagen. Es gibt mittlerweile verschiedene Initiativen, um die Menschen im Iran zu unterstützen, damit das Regime mit seinem terroristischen Vorgehen dieses Vorhaben nicht ohne weiteres durchbringt. Wenn die Augen der Weltöffentlichkeit auf die Geschehnisse im Iran gerichtet sind, werden die Verbrechen sichtbar und erhöhen den Druck auf die Machthaber. Hierzu habe ich drei Fragen:

- * Gibt es Überlegungen, allenfalls konkrete Vorgehensweisen der Regierung, um den Menschen, allen voran den Frauen im Iran beizustehen und sie in ihrem Kampf für die Freiheit zu unterstützen?
- * Wurden in der Vergangenheit in Liechtenstein Asylanträge von Menschen aus dem Iran registriert?
- * Kam es in den letzten Wochen und Monaten zu einer Zunahme von Asylanträgen von Menschen aus dem Iran?

Antwort vom 04. November 2022

Zu Frage 1:

Wir verfolgen die Situation im Iran mit grosser Besorgnis. Die Regierung hat umgehend die EU-Sanktionen gegen mehrere Personen und Organisationen im Zusammenhang mit dem Tod von Masha Amini in Polizeigewahrsam und der gewaltsamen Niederschlagung von Protesten nachvollzogen und damit eine klare Haltung eingenommen. Liechtenstein hat sich zudem auf internationaler Ebene gemeinsamen Erklärungen der EU und anderer Staaten zu den Ereignissen angeschlossen. Ebenso konnte ich am 20. Oktober an einem virtuellen Treffen von Aussenministerinnen - organisiert von der kanadischen Aussenministerin - zur Situation im Iran teilnehmen. Dabei hat sich Liechtenstein dem gemeinsamen Communiqué angeschlossen, welches die Gewalt ebenfalls verurteilt und eine unabhängige Untersuchung fordert.

Weiter hat sich Liechtenstein eigenständig am UNO-Menschenrechtsrat in Genf, an der UNO-Generalversammlung und im UNO-Sicherheitsrat in New York in Wortmeldungen zur Situation geäussert, die Anwendung von Gewalt verurteilt und Solidarität gegenüber den iranischen Frauen und den friedlich Protestierenden geäussert. Liechtenstein wird die Entwicklungen weiterverfolgen und ist im ständigen Austausch mit gleichgesinnten Staaten zu weiteren Schritten auf internationaler Ebene.

Zu Frage 2:

Seit 2015 wurden insgesamt 16 Asylgesuche von Personen aus dem Iran gestellt. Elf Gesuchsteller waren männlich und fünf weiblich. Im laufenden Jahr gab es bisher drei Gesuche.

Zu Frage 3:

Nein, bisher wurde keine Zunahme verzeichnet.